

Medienfreiheit und Pluralismus

Die Europäische Union vertritt die Freiheit und den Pluralismus der Medien als Säulen der modernen Demokratie und ermöglicht eine freie und offene Debatte.



© image by rclassenlayouts - Getty Images/iStock

Medienfreiheit und Pluralismus sorgen für den Informationsfluss und spielen eine Schlüsselrolle bei der Rechenschaftspflicht. Die Kommission hat ihre Arbeit in diesem Bereich intensiviert, indem sie die Medienfreiheit in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung über Rechtsstaatlichkeit stellt und weiterhin eine Vielzahl von Projekten finanziert, die greifbare Ergebnisse bringen. Die Kommission hat auch wichtige Initiativen zur Verbesserung der Arbeit und Sicherheit von Journalisten geplant und einen Aktionsplan verabschiedet, der auf die Förderung eines tragfähigen Medienökosystems ausgerichtet ist.

Die Verpflichtungen der Europäischen Union zur Achtung der Medienfreiheit und des Medienpluralismus und zur Wahrung der Meinungsfreiheit – einschließlich des Rechts auf Empfang und Weitergabe von Informationen ohne Einfluss öffentlicher Gewalt – sind in Artikel 11 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (.pdf) verankert, der Artikel 10 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten widerspiegelt.

Direkte Finanzierung

Die EU finanziert zahlreiche Projekte:

- Mehrere laufende oder in Vorbereitung befindliche Projekte und Aufforderungen, die darauf abzielen,
 - Karte von Verstößen gegen die Medienfreiheit;
 - Journalisten zu verteidigen, die bedroht sind;
 - Überwachung der Risiken für den Medienpluralismus;
 - Unterstützung des kollaborativen Journalismus, der Zusammenarbeit und des Austauschs bewährter Verfahren.
- Projekte des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) und seiner Partner zur Bekämpfung von Verletzungen der Medienfreiheit und des Medienpluralismus in den EU-Mitgliedstaaten und Kandidatenländern.
- Finanzhilfen für das Zentrum für Medienpluralismus und Medienfreiheit (CMPF) für die Entwicklung und Umsetzung des „Monitors für Medienpluralismus“ (MPM), der einen umfassenden Überblick über die Risiken für die Freiheit und den Pluralismus der Medien in ganz Europa bietet, wobei vier Hauptbereiche untersucht werden:
 1. grundlegender Schutz
 2. Marktpluralität
 3. politische Unabhängigkeit

4. soziale Inklusivität

- Das Pilotprojekt Media Ownership Monitor, das die Transparenz des Medieneigentums erhöht.
- Das Programm „Kreatives Europa“ für den Zeitraum 2021-2027, dessen Budget auf rund 2,5 Mrd. EUR veranschlagt wird, was einem Anstieg um 80 % gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum (2014-2020) auf EU-27-Basis entspricht. Sie wird die europäische Zusammenarbeit im Bereich der kulturellen Vielfalt und der industriellen Wettbewerbsfähigkeit für die Kultur- und Kreativwirtschaft fördern. Ein Aufruf für Journalismus-Partnerschaften zur Förderung der branchenweiten, grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Medienschaffenden in Europa wurde veröffentlicht. Zur Aufstockung der Mittel und zur langfristigen Unterstützung von Projekten der Medienfreiheit, des Pluralismus und der Alphabetisierung wurden aus diesem Programm Mittel in Höhe von mindestens 75 Mio. EUR bereitgestellt.

Unterstützungsmaßnahmen

Seit Beginn der COVID-19-Pandemie hat die Kommission eine Reihe von Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft vorgeschlagen und die Mitgliedstaaten aufgefordert, das Beste aus ihnen zu machen, um den Mediensektor zu unterstützen.

- Ein vorübergehender Rahmen für staatliche Beihilfen wurde rasch eingeführt und erweitert. Außerdem wurde ein spezielles Muster für staatliche Beihilfen für die Digitalisierung von Nachrichtenmedien veröffentlicht, um die Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung ihrer nationalen Aufbau- und Resilienzpläne zu unterstützen.
- Die finanzielle Unterstützung der React-EU konzentriert sich auf die wichtigsten Prioritäten kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) oder kreative KMU im Kultursektor, die als Priorität anerkannt werden. Zu diesen Fonds gehören Beschäftigungszuschüsse, kurzfristige Arbeitsregelungen sowie Liquidität und Solvabilität für KMU.
- Die vorübergehende Unterstützung zur Minderung der Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage (SURE) ist ein Instrument, das den Mitgliedstaaten zur Verfügung steht, um die nachteiligen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie zu bekämpfen.
- Die bestehenden Instrumente wurden angepasst, einschließlich einer größeren Flexibilität bei der Umsetzung der unterstützten Projekte. So ermöglicht die bestehende Bürgschaftsfazilität für KMU in der Kultur- und Kreativbranche, einschließlich der Medien, mehr Flexibilität bei der Rückzahlung von Darlehen und erleichtert die Kreditvergabe, indem sie den Finanzinstituten mehr Sicherheit bietet.
- Die Kommission nahm einen Aktionsplan zur Unterstützung der Erholung und Transformation des Medien- und audiovisuellen Sektors an. Diese Sektoren, die besonders von der Coronavirus-Krise betroffen sind, sind von wesentlicher Bedeutung für die Demokratie und die kulturelle Vielfalt und digitale Autonomie Europas. Der Aktionsplan konzentriert sich auf drei Tätigkeitsbereiche und 10 konkrete Maßnahmen. Diese werden dem Mediensektor helfen, sich von der Krise zu erholen, indem sie den Zugang zu Finanzmitteln erleichtern und erweitern. Sie werden auch den Mediensektor dabei unterstützen, den Wandel der Medien zu fördern, indem sie Investitionen anregen, um den doppelten digitalen und ökologischen Wandel zu bewältigen und gleichzeitig die künftige Widerstandsfähigkeit des Sektors sicherzustellen. Schließlich werden sie die europäischen Bürger und Unternehmen stärken.

Rechtsvorschriften und Rechtsstaatlichkeit

- Im April 2022 veröffentlichte die Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie über strategische Klagen gegen die Öffentlichkeitsbeteiligung (SLAPP). Strategische Klagen gegen die Öffentlichkeitsbeteiligung, allgemein bekannt als „SLAPPs“, sind eine besondere Form der Belästigung, die in erster Linie gegen Journalisten und Menschenrechtsverteidiger verwendet

wird, um das Sprechen zu Fragen von öffentlichem Interesse zu verhindern oder zu bestrafen. Die vorgeschlagene Richtlinie bietet den Gerichten und Zielen von SLAPP die Instrumente zur Bekämpfung offensichtlich unbegründeter oder missbräuchlicher Gerichtsverfahren. Die vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen gelten in Zivilsachen mit grenzüberschreitenden Auswirkungen.

- Die Kommission hat einen Europäischen Aktionsplan für Demokratie angenommen. Sie wird eng mit den Mitgliedstaaten und Interessenträgern zusammenarbeiten, um die Sicherheit von Journalisten zu verbessern. Sie wird nachhaltige Mittel für Projekte bereitstellen, die sich auf die rechtliche und praktische Unterstützung von Journalisten in der EU und anderswo konzentrieren. Im März 2021 wurde im Rahmen des Europäischen Nachrichtenmedienforums ein Dialog mit Interessenträgern eingeleitet, in dem interessierte Kreise Rückmeldungen zu der im September 2021 angenommenen Empfehlung zum Schutz, zur Sicherheit und zur Stärkung der Rolle von Journalisten und anderen Medienschaffenden geben konnten. Der Plan sieht auch die Förderung einer transparenten und fairen Verteilung staatlicher Werbung, die Förderung der Medienvielfalt und die Entwicklung eines europäischen Ansatzes zur Hervorhebung audiovisueller Mediendienste von allgemeinem Interesse vor. Für eine diesbezügliche Studie wurde eine Ausschreibung veröffentlicht.
- Der Mechanismus zur Rechtsstaatlichkeit widmet sich einem zentralen Teil der Medienfreiheit und des Medienpluralismus, der die Regulierungsbehörden und -gremien der Medien, die Transparenz des Medieneigentums und die staatliche Einmischung sowie den Rahmen für den Schutz von Journalisten untersucht. Der erste Bericht über die Rechtsstaatlichkeit, der alle 27 Mitgliedstaaten abdeckt, wurde am 30. September 2020 veröffentlicht. Es enthält eine Zusammenfassung sowohl der Rechtsstaatlichkeitslage in der EU als auch eine Bewertung der Lage in den einzelnen Mitgliedstaaten, wobei der Schwerpunkt auf vier Hauptsäulen liegt: das Justizsystem, der Rahmen für die Korruptionsbekämpfung, der Medienpluralismus und andere institutionelle Kontrollen.
- Die große Macht der größten Online-Plattformen rechtfertigt die Berücksichtigung spezifischer Ex-ante-Regeln, um den Wettbewerb und die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher im Internet zu wahren. Mit dem Gesetz über digitale Dienste werden die Mechanismen für die Entfernung illegaler Inhalte und den wirksamen Schutz der Grundrechte der Nutzer im Internet, einschließlich der Meinungsfreiheit, erheblich verbessert.
- Die überarbeitete Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste stärkt die rechtlichen Garantien in mehreren Bereichen, die unter den Monitor für Medienpluralismus fallen, nämlich die Moderation von Online-Inhalten, die Unabhängigkeit der Medienregulierungsbehörden, die Transparenz des Eigentums an Medien und die Medienkompetenz. Die Kommission verfolgt den Umsetzungsprozess aufmerksam.
- Der Unionsgesetzgeber hat mit Art. 17 der neuen Urheberrechtsrichtlinie Regeln für einen gerechteren Markt erlassen. Diese Vorschriften sollen Rechteinhabern helfen, in Bezug auf bestimmte Online-Sharing-Plattformen besser aufgestellt zu werden. Sie stellen sicher, dass Rechteinhaber eine gerechtere Vergütung für die Nutzung ihrer Inhalte erhalten. Was das neue Recht für Presseverlage (Artikel 15 der neuen Urheberrechtsrichtlinie) betrifft, so wird dies den pluralen, unabhängigen und hochwertigen Journalismus durch eine bessere Verhandlungsposition der Presseverlage gegenüber Online-Marktakteuren fördern.
- Wie im Arbeitsprogramm der Kommission 2022 vorgesehen, arbeitet die Kommission an dem Europäischen Gesetz über die Medienfreiheit, das für das 3. Quartal 2022 geplant ist. Die Initiative wird auf der überarbeiteten Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste aufbauen, die Regeln für die Unabhängigkeit der Medienregulierungsbehörden festlegt, die Transparenz der Eigentumsverhältnisse in den Medien fördert und anerkennt, dass redaktionelle Entscheidungen frei von Eingriffen sein sollten. Sie wird sich auf die Beseitigung von Hindernissen für die Einrichtung und den Betrieb von Mediendiensten konzentrieren und einen gemeinsamen Rahmen für die Förderung des Binnenmarkts im Mediensektor schaffen, um die Freiheit und den

Pluralismus der Medien zu wahren. Die Kommission hat eine Aufforderung zur Einreichung von Beweismitteln und eine offene öffentliche Konsultation zum bevorstehenden europäischen Gesetz über die Freiheit der Medien veröffentlicht.

Schlussfolgerungen des Rates zur Medienfreiheit und zum Medienpluralismus

Am 7. Dezember 2020 nahm der Rat der Europäischen Union Schlussfolgerungen zum Schutz eines freien und pluralistischen Mediensystems an.

Der Rat der Europäischen Union hat am 14. November 2018 Schlussfolgerungen zur Stärkung der europäischen Inhalte in der digitalen Wirtschaft angenommen.

Zuvor nahm der Rat am 26. November 2013 Schlussfolgerungen zur Freiheit und zum Pluralismus der Medien im digitalen Umfeld an.

Kolloquium über Grundrechte für Medienpluralismus und Demokratie

Im November 2016 veranstaltete die Europäische Kommission ein Kolloquium über Grundrechte, das sich dem Medienpluralismus und der Demokratie widmet. Die Debatte wurde durch Diskussionsvermerke, eine spezielle Eurobarometer-Umfrage sowie die Ergebnisse einer öffentlichen Konsultation informiert. Die Ergebnisse des Kolloquiums wurden im Dezember 2016 veröffentlicht.

Abonnieren Sie die neuesten Nachrichten zu diesem Thema und mehr

Pressemitteilung: SLAPP-Strategie – Kommission bekämpft missbräuchliche Klagen ...

Factsheet: Demokratie und Medien im digitalen Zeitalter

Factsheet: EU-finanzierte Projekte zur Förderung der Medienfreiheit

Factsheet: Empfehlung zur Sicherheit von Journalisten

Die „News Initiative“

Auf dem Laufenden bleiben und mitreden.

Folgen Sie der Arbeit der Kommission an den Medien @MediaEU

Aktuelle Nachrichten

PRESSEMITTEILUNG | 16 September 2022
Europäischer Rechtsakt zur Medienfreiheit:
Kommission schlägt Vorschriften zum Schutz von
Medienpluralismus und -unabhängigkeit in der EU
vor

Die Europäische Kommission hat heute einen
Europäischen Rechtsakt zur Medienfreiheit
angenommen, ein neues Regelwerk zum Schutz
des Medienpluralismus und der Unabhängigkeit
der Medien in der EU.

PRESSEMITTEILUNG | 13 Juli 2022

Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2022:
Kommission richtet spezifische Empfehlungen an
die Mitgliedstaaten

Wie bei früheren Ausgaben werden in diesem Bericht die Entwicklungen in vier Schlüsselbereichen der Rechtsstaatlichkeit untersucht: Justizsysteme, der Rahmen für die Korruptionsbekämpfung, Medienpluralismus und -freiheit sowie sonstige institutionelle Fragen im Zusammenhang mit der Gewaltenteilung.

PRESSEMITTEILUNG | 03 Juni 2022

Kommission veröffentlicht Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen über 4,1 Mio. EUR zur Überwachung und Verteidigung von Medienfreiheit und -pluralismus

Die Kommission hat eine mit 4,1 Mio. EUR ausgestattete Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht, um die Freiheit und den Pluralismus der Medien zu überwachen und zu verteidigen, die über das Programm „Kreatives Europa“ finanziert werden.

PRESSEMITTEILUNG | 03 Mai 2022

Welttag der Pressefreiheit: Kommission setzt sich für Medienfreiheit und -pluralismus ein

Anlässlich des Welttags der Pressefreiheit bekräftigte die Kommission ihr Engagement für die Verteidigung der Freiheit und des Pluralismus der Medien in der EU und darüber hinaus.

Mehr Info

Durchsuchen Sie Freiheit und Pluralität der Medien

Zugehöriger Inhalt

Gesamtbild

Medien und digitale Kultur

Die Kommission schützt die Medien und die digitale Kultur in Europa, indem sie die Handlungskompetenz der Bürger/innen stärkt und Medienpluralismus fördert.

Vertiefen

Überwachung des Medienpluralismus im digitalen Zeitalter

Der Media Pluralism Monitor ist ein wissenschaftliches Instrument zur Identifizierung potenzieller Risiken für den Medienpluralismus.

Multimedia-Aktionen

Die multimedialen Maßnahmen der EU zielen darauf ab, die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten aus gesamteuropäischer Sicht zu stärken.

Medienkompetenz

Medienkompetenz war noch nie so wichtig wie heute. Es ermöglicht Bürgern jeden Alters, durch die moderne Nachrichtenumgebung zu navigieren und fundierte Entscheidungen zu treffen.

Bekämpfung von Desinformation im Internet

Die Kommission bekämpft die Verbreitung von Desinformation und Fehlinformationen im Internet, um den Schutz der europäischen Werte und demokratischen Systeme zu gewährleisten.

Siehe auch

Audiovisuelle und Mediendienste

Heutzutage können wir unsere Lieblingssendungen nicht nur im Fernsehen, sondern auch online anschauen. Diese Shows unterliegen den Regeln des Binnenmarkts.

Unterstützung von Medien und digitaler Kultur

Die Kommission fördert einen kohärenten Ansatz für die Medienpolitik, der Rechtsvorschriften über Mediendienste und die Erhaltung des europäischen Kulturerbes umfasst.

Digitales Kulturerbe

Dank digitaler Technologien entwickelt sich das Kulturerbe rasant. Die Dynamik besteht nun darin, unser kulturelles Erbe zu bewahren und es in dieses digitale Jahrzehnt zu bringen.

Urheberrechtlich geschützt

Die Europäische Kommission passt die EU-Urheberrechtvorschriften an das neue Verbraucherverhalten in einem Europa an, das seine kulturelle Vielfalt schätzt.

Source URL: <https://digital-strategy.ec.europa.eu/policies/media-freedom>